

Unterrichtung

durch die Präsidentin des Deutschen Bundestages

Einsetzung einer Reformkommission zur Größe des Deutschen Bundestages

1. Zur künftigen Größe des Parlaments hat der Deutsche Bundestag in seiner 47. Sitzung am 29. Juni 1995 auf der Grundlage der Beschlußempfehlung und des Berichts des Ältestenrates zu den Empfehlungen der Kommission des Ältestenrates für die Rechtsstellung der Abgeordneten (Drucksache 13/1803) die Präsidentin beauftragt, „im Einvernehmen mit den Fraktionen unverzüglich eine Kommission einzusetzen, die sich mehrheitlich aus Abgeordneten und weiteren Sachverständigen, einschließlich solcher mit eigener parlamentarischer Erfahrung, zusammensetzt“.

Die Reformkommission zur Größe des Deutschen Bundestages setzt sich aus 17 Abgeordneten, derselben Zahl an Stellvertretern sowie 14 Sachverständigen zusammen.

Mitglieder

Stellvertreter

CDU/CSU

Otto Hauser (Esslingen)	Ulrich Adam
Herbert Lattmann	Dietrich Austermann
Erwin Marschewski	Brigitte Baumeister
Dr. Gero Pfennig	Joachim Hörster
Gerhard Scheu	Michael Jung (Limburg)
Andreas Schmidt (Mülheim)	Eduard Oswald
Dr.-Ing. Joachim Schmidt	Norbert Otto
(Halsbrücke)	(Erfurt)
Clemens Schwalbe	Dr. Rita Süßmuth

SPD

Marion Caspers-Merk	Hans-Joachim Hacker
Lothar Ibrügger	Renate Jäger
Susanne Kastner	Horst Kubatschka
Hans-Ulrich Klose	Brigitte Lange
Dr. Uwe Küster	Dr. Peter Struck
Wilhelm Schmidt (Salzgitter)	Dieter Wiefelspütz

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Gerald Häfner

Dr. Antje Vollmer

F.D.P.

Dr. Max Stadler

Jörg van Essen

Gruppe der PDS

Dr. Dagmar Enkelmann

Manfred Müller (Berlin)

Sachverständige

Johann Hahlen, Präsident des Statistischen Bundesamtes

Theo Magin, MdB a. D.

Prof. Dr. Detlef Merten, Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer

Volker Pawlitzki, Direktor des Statistischen Landesamtes Mecklenburg-Vorpommern

Wilhelm Rawe, Parlamentarischer Staatssekretär a. D.

Dr. Friedrich Zimmermann, Bundesminister a. D.

Helmut Becker, Vizepräsident des Deutschen Bundestages a. D.

Gerlinde Hämmerle, Regierungspräsidentin, Karlsruhe

Eckhart Hohmann, Präsident des Statistischen Landesamtes Hessen

Prof. Dr. Werner Jann, Universität Potsdam

Dr. Hans-Joachim Vogel, MdB a. D.

Reinhard Bütikofer, MdL Baden-Württemberg

Torsten Wolfgramm, Parlamentarischer Staatssekretär a. D.

Dr. Harald Pätzold

2. Zu den Aufgaben der Reformkommission führt der Beschluß des Plenums des Deutschen Bundestages vom 29. Juni 1995 aus:

„Die Kommission soll eine Stellungnahme erarbeiten zu allen im Zusammenhang mit einer Verkleinerung des Parlaments entscheidungserheblichen Fragen, wie insbesondere die des Neuzuschnitts der Wahlkreise. Dabei ist neben der Bevölkerungszahl auch die räumliche Ausdehnung der Wahlkreise in die Betrachtung miteinzubeziehen. Verbindliche Grundlage der Arbeit der Kommission ist die Beibehaltung des geltenden Wahlrechts, d. h. einer personalisierten Verhältniswahl mit Parität zwischen Direkt- und Listenmandaten. Zum Prüfungsauftrag der Kommission gehört auch, inwieweit mit der Aussetzung von Anpassungsgeboten verfassungsrechtlicher Regelungsbedarf bereits für die 14. Wahlperiode besteht (insbesondere § 6 Abs. 5, § 6 Abs. 6 Satz 1 zweiter Halbsatz und § 7 Abs. 3 Satz 2 des Bundeswahlgesetzes).

Die Kommission legt ihren Bericht spätestens im Frühjahr 1997 vor.“

Bonn, den 19. September 1995

Dr. Rita Süßmuth